



Interviews

CDU und ihr neues Programm

Karin Prien, CDU, Präsidiumsmitglied und Bildungsministerin in Schleswig-Holstein, im

Interview mit Friedbert Meurer

"Informationen am Morgen", 16.6.2023, 7:15 Uhr

Friedbert Meurer: Die CDU will ein neues Grundsatzprogramm. Heute und morgen wird beraten. 2024 soll es dann fertig sein.

Karin Prien ist eine der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU. Gleichzeitig ist sie Kultusministerin in Schleswig-Holstein. Guten Morgen, Frau Prien!

Karin Prien: Guten Morgen, Herr Meurer.

Meurer: Ich habe gestern Abend noch gesehen, Sie haben getwittert auf einen FAZ-Gastartikel von Hendrik Wüst, dem NRW-Ministerpräsidenten, der da schreibt, „Das Herz schlägt in der Mitte“ als Slogan für die CDU, und Sie tweeten dazu, „Er hat mir aus der Seele gesprochen“. Was hat Sie da so emotional angesprochen?

Prien: Es ist ja kein Geheimnis, dass meine tiefe Überzeugung ist, dass die CDU sich klar in der Mitte verorten muss. Hendrik Wüst hat mit seinem Artikel insbesondere auch das Thema Familie und Bildung starkgemacht. Auch da sind wir gemeinsam der Auffassung, dass das für

die CDU absolut zentrale Themen sind, dass sich soziale Gerechtigkeit in Deutschland an der Bildungsfrage entscheiden wird. Insofern hat mir das schon sehr aus der Seele gesprochen.

Meurer: Wie groß ist denn Ihre Angst, Frau Prien, dass das Herz der CDU nicht in der Mitte schlägt?

Prien: Ehrlich gesagt habe ich da im Augenblick überhaupt keine Befürchtung. Ich erlebe unseren Diskurs über das Grundsatzprogramm als einen ausgesprochen ausgewogenen sachorientierten Diskurs.

Meurer: Aber Ihre Reaktion „aus der Seele gesprochen“ klingt schon, dass Sie sich da Sorgen gemacht haben?

Prien: Nö! Das ist jetzt eine Interpretation, die ich auch gestern Abend schon von manchen gehört habe. Ich glaube, Hendrik Wüst hat in sehr gut gewählten Worten ausgedrückt, wie sich viele, wahrscheinlich die Mehrheit der Christdemokraten in Deutschland, auch viele unserer Wähler sehen und was sie sich auch von uns wünschen, nämlich die CDU als eine Partei, die Maß und Mitte hält bei allen entscheidenden Fragen, die gute Lösungsansätze bietet für die großen Herausforderungen, die ja unbestritten da sind. Da möchten die Menschen die CDU sehen und da möchte auch ich die CDU sehen.

Meurer: Auf der anderen Seite: Wandern dann zu viele, wenn nicht alle Wertkonservative der CDU ab Richtung AfD?

Prien: Es war immer Aufgabe der CDU, in unserer Gesellschaft Brücken zu bauen, und zwar Brücken zu bauen zwischen den Generationen, aber auch Brücken zu bauen zwischen denen, die auf schnelle gesellschaftliche Veränderungen setzen, und denen, die lieber noch mal

genau hinschauen, ob jeder Zeitgeist und jede Modernisierungsfrage wirklich so schnell und so gelöst werden muss, wie manche uns das heute auch darstellen, als alternativlos darstellen. Ich glaube, diese Brückenbauerfunktion, die muss die CDU auch heute wahrnehmen, und ein Stück weit tragen wir das auch in unserer Partei aus. Wir sind immerhin eine Partei, die in Schleswig-Holstein über 40 Prozent der Wähler bei den letzten Wahlen angesprochen hat. Natürlich werden da unterschiedliche Positionen vertreten und die müssen auch sichtbar werden.

Meurer: Ihre Kritik gerade, nicht jedem Zeitgeist hinterherrennen, was meinen Sie damit?

Prien: Wir müssen ja unbestritten etwa im Bereich des Klimaschutzes große gesellschaftliche Veränderungen schaffen. Die Frage ist nur, wie tun wir das, mit welcher Geschwindigkeit tun wir das und tun wir das mit einer moralischen Herangehensweise, oder lösen wir auch diese Fragen pragmatisch mit Instrumenten, bei denen wir auch der Überzeugung sind, dass sie wirken können, dass sie technisch umsetzbar sind. Ich glaube, man hat das in der Debatte um das GEG, um das Heizungsgesetz, wie es ja im Volksmund genannt wird, gesehen. Die politischen Konzepte müssen auch umsetzbar sein und die Leute müssen mitgenommen werden auf diesem Weg.

Meurer: Wenn Jens Spahn, Ihr Parteifreund sagt, das ist ein Gesetz für die Tonne, das klingt doch nach Radikablehnung des Heizungsgesetzes. Wären das auch Ihre Worte?

Prien: Nein, das wären nicht meine Worte, aber neben dem sehr zugespitzten Debattenbeitrag von Jens Spahn hat es ja auch sehr ausgewogene Anträge der CDU/CSU-Fraktion zu dieser Frage gegeben, die durchaus auch in die Richtung gehen, in die jetzt die

Koalition, wenn man den sogenannten Leitplanken glauben darf, geht, dass man erst mal auf den Ausbau der Wärmenetze setzt, dass man erst mal den Menschen auch vernünftige Übergangsfristen ermöglicht, dass man technologieoffen an das Thema herangeht. All das hat die CDU/CSU ja in ihren Anträgen gefordert. Wir müssen ganz ehrlich auch miteinander sein. Medial kommen eher die zugespitzten Äußerungen in die Zeitungen und in die Medien und die sachlichen Anträge werden eher nicht so berichtet. Insofern glaube ich, wir müssen sachlich an den Themen arbeiten. Die Leute wollen von uns die besseren Lösungsansätze und nicht immer nur die harten Sprüche.

Meurer: Und wo sind die besseren Lösungen der CDU beim Heizungsstreit?

Prien: Ehrlich gesagt: Das was jetzt in der Debatte ist, nämlich erst mal auf den Ausbau der Wärmenetze zu setzen und technologieoffen an das Thema heranzugehen, den Menschen längere Übergangsfristen zu ermöglichen, das sind alles Aspekte, die die CDU/CSU schon vor Wochen in die parlamentarische Beratung eingebracht hat. Und ehrlich gesagt hätte man – und das weiß die Ampel ja inzwischen auch – von Anfang an ampelseitig genauso vorgehen müssen, denn nichts ist schlimmer als das Empfinden der Menschen, dass hier ein Gesetz gemacht wurde, das weder technisch so umsetzbar war und darüber hinaus die Menschen auch finanziell überfordert hätte und man ihr auch zum Teil bitter erarbeitetes Ersparnis und an ihr Vermögen herangeht.

Meurer: Da Sie, Frau Prien, auch ein bisschen zur Zurückhaltung bei der Sprache mahnen, darf nicht trotzdem beispielsweise der Parteivorsitzende sagen, wir sind gegen die Volkserziehungsattitüde der Grünen, weil das genau die Stimmung offenbar vieler Menschen nicht nur, aber gerade auch in Ostdeutschland trifft?

Prien: Na ja. Das ist ja nicht ganz von der Hand zu weisen, dass viele Menschen Probleme mit dem Moralisieren in der Politik haben. Die Menschen möchten sich gerne ihre eigene Meinung bilden und möchten von der Politik nicht bevormundet werden. Ich glaube, das ist ein Satz, den kann man bei aller Sympathie auch für zum Beispiel unseren grünen Koalitionspartner in Schleswig-Holstein nicht von der Hand weisen.

Meurer: Darf Merz schon ruhig sich mal kräftig äußern?

Prien: Na ja! Natürlich muss die Opposition ja auch mal zuspitzen dürfen. Aber ich bleibe auch dabei, respektvoll im Umgang zu sein miteinander auch unter politischen Wettbewerbern bleibt entscheidend wichtig. Das erwarten auch die Menschen von uns und das gilt natürlich auch für die Sprache, in der wir miteinander sprechen.

Meurer: Lösen Sie so mit einer moderaten Linie das Problem, dass trotz Ampel-Tief, sage ich mal, die AfD bei 19 Prozent ist und eine so gigantisch große Fläche abdeckt, offenbar rechts von der CDU?

Prien: Auch das ist ja eine Einschätzung, die ich nicht unbedingt so unterschreiben würde, Herr Meurer. Die Wähler, die zur AfD wechseln im Augenblick, sind ja nicht im Wesentlichen CDU-Wähler. Inzwischen wechseln ja auch von den Ampel-Parteien in erheblichem Umfang Menschen, jedenfalls temporär in den Umfragen zur AfD. Insofern ist das nicht nur ein Phänomen rechts von der CDU, sondern es ist ein Phänomen, das beschreibt, dass Menschen zutiefst verunsichert sind, dass sie unzufrieden sind mit der Politik der Regierung, aber auch bisher nicht hinreichend davon überzeugt sind, dass die CDU in allen Fragen die besseren Antworten gibt. Deshalb ist auch unser Grundsatzprogramm-Prozess so wichtig,

damit wir zeigen, dass wir die besseren Antworten haben. Und ich glaube, man muss das ernstnehmen, dass die Menschen sich überfordert fühlen in einer Zeit, in der Krieg in Europa herrscht, in der die Pandemie wirklich tiefe gesellschaftliche Wunden gerissen hat und hier auch noch vieles aufzuarbeiten ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.